



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/49 - 28.2.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Aspekte nach der großen Debatte	S. 1
Die Rückkehr Ben Gurions	S. 3
Opfer der schlesischen Widerstandsbewegung	S. 5
Buchbesprechung: "Hitler, Reichswehr und Industrie"	S. 7

Auf tönernen Füßen

sp - Das wichtigste Anliegen aller Deutschen, ihre Wiedervereinigung in einer freien staatlichen Gemeinschaft, hat am 27. Februar 1955 einen schweren Rückschlag erlitten. Das jedenfalls ist die Meinung nicht nur der sozialdemokratischen Opposition, sondern, darüber hinaus, die Auffassung von vielen Millionen auch außerhalb des Kreises der engeren Freunde dieser Partei.

Dieser Rückschlag wird sich in der nächsten Zeit auf mancherlei Weise zeigen. Einmal sind unmittelbare Wirkungen für die Sowjetzone zu befürchten, die die dortigen Lebensverhältnisse und auch die Kontaktmöglichkeiten zwischen West- und Mitteldeutschland betreffen. Auch Berlin geht besonders schweren Zeiten entgegen. Vor allem aber kann sich in der Zone auf lange Sicht eine Stimmung und Denkweise entwickeln, die, unter fremdem Druck und geboren aus Enttäuschung über die Haltung nicht der Besatzungsmacht im eigenen Bereich allein, sondern auch der Bundesrepublik und ihrer westlichen Verbündeten, sich stärker vom Westen abwendet und die, aus Resignation und Erbitterung, zu einer ständig zunehmenden inneren Entfremdung nach dem Bild der äußeren Spaltung führen kann.

Deshalb kommt der Erklärung des Oppositionsführers besondere Bedeutung zu, für die SPD gehe der Kampf für den Vorrang der Bemühungen um die Wiedervereinigung vor einer Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Militärsystem im vollen Umfange weiter. Das ist sicher mehr als eine allgemeine Versicherung. Es ist die Ankündigung einer Aktivität, über deren Einzelheiten nach Form und Inhalt die Führungskörperschaften der Partei in Kürze beraten werden. Die Entscheidung des Parlaments vom letzten Sonntag ist gewiß unanfechtbar. Aber es stehen noch viele innengesetzliche Maßnahmen aus, die mit den Verträgen verknüpft sind und über die in der Bundesrepublik noch entschieden werden muß. Die Notwendigkeit, jenen Kampf um den Vorrang der Wiedervereinigung fortzusetzen, ist umso größer, als mit der Annahme der Verträge in Bundestag ja durchaus noch nichts Endgültiges über ihr Schicksal gesagt ist.

22.2.1955

Blickt man noch einmal kurz auf die vier Tage im Bonner Bundeshaus zurück, so fallen drei Tatbestände als Ergebnis dieser Auseinandersetzung ins Auge: Die angeschlagene Autorität des Kanzlers, die noch niemals so offen zutage getretene innere Unsicherheit der Koalition und der Umstand, dass trotz der Abstimmung im Bundestag die Saarfrage nichts an Explosivgehalt verloren hat, weder in der Bundesrepublik selbst, noch in ihrem Verhältnis zu Frankreich.

Um bei diesem letzten Punkt zu beginnen: Es war beszeichnend, dass ein Mann wie Kaiser, der sich nach seinem Auftrag der Wahrung gesamtdeutscher Interessen besonders verpflichtet fühlen muß, sich bei der Abstimmung über das Saarstatut der Stimme enthielt. Eine Demonstration übrigens, die wirksamer gewesen wäre, wenn der Minister den Mut gefunden hätte, ein klares Nein zu der Zerstückelung Westdeutschlands auszusprechen. Deshalb hat auch der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Mellies, dem Minister seinen Austritt aus dem Kuratorium Unteilbares Deutschland angekündigt, zu dessen Gründern Kaiser gehört.

Von der FDP hatte sich als einziger Minister Vizekanzler Blücher für das Statut ausgesprochen und sich damit in Gegensatz zu der Stellungnahme seiner Partei gesetzt. Sein angekündigtes Rücktrittsgesuch würde freilich nur dann mehr Gewicht als eine Geste haben, wenn er auch für den Fall darauf bestünde, dass der Bundeskanzler es nicht annehmen sollte.

Zwar entzündeten sich die Gegensätze innerhalb der Koalition an der Saarfrage am heftigsten. Aber es war doch während der ganzen vier Tage immer wieder spürbar, wie sehr sich das Klima in der Gruppe der Regierungsparteien ganz allgemein verschlechtert hat. Das konnte man bei dem Angriff des Abgeordneten Becker auf die Politik des Kanzlers, bei dessen fast schon hasserfüllter Erwiderung und schließlich bei der großen Abrechnung Dehlers mit dem Kanzler sozusagen mit Händen greifen. Die erbarmungslose Kritik an seinen politischen Methoden, ja sogar an seiner Qualifikation als Außenminister von einem jahrelangen Mitarbeiter im eigenen Kabinett, der tiefen Einblick in die Arbeitsweise des Kanzlers gewonnen hat, ließ Dr. Aderauer auf diesen massiven Angriff - schweigen, obwohl er doch sonst in der parlamentarischen Auseinandersetzung um Entgegnungen, auch wenn sie nicht immer überzeugen, wahrlich nicht verlegen ist.

Die Genußtuung der Freunde des Kanzlers in der Bundesrepublik und die Beifallskundgebungen aus dem Auslande können nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Vertragswerk selbst auf tönernen Füßen ruht. Zuviele Menschen sind der festen Überzeugung, dass es ein schweres, kaum übersteigbares Hindernis auf dem Wege zur deutschen Einheit in Frieden und Freiheit ist. Und dass diese deutsche Einheit als Wunsch und Ziel in Deutschland niemals aufgegeben wird, ist sicher. Das haben gerade die letzten Wochen vor den Abstimmungen im Bundestag bewiesen.

* * *

Aus der Wüste in das Verteidigungsministerium

I.D., Jerusalem

Als Ben Gurion, der neue Verteidigungsminister Israels, vor etwa zwei Jahren sein Amt als Ministerpräsident niederlegte, glaubten ihm nur wenige, dass er sich einfach müde und verbraucht fühlte. Ben Gurion hatte sich nach einer der Gründung und dem Aufbau Israels gewidmeten Tätigkeit nach Sde Bocker zurückgezogen, einer Genossenschaftssiedlung im Süden der Wüste Negev, um die Geschichte des israelischen Krieges zu schreiben und am Aufbau des Negev, dieses noch wenig bebauten Gebietes, mitzuarbeiten.

Die Tatsache, dass er weiter in allen Fragen des Landes entscheidend mitzureden hatte, veranlasste seine Gegner, sein Verhalten Spannungen innerhalb seiner Partei zuzuschreiben. Die von ihm gebildete Regierungskoalition von Sozialisten und Allgemeinen Zionisten, die natürlicherweise Kompromisse von beiden Partnern fordert, war oft Gegenstand heftiger Diskussionen in linken Kreisen. Die Kritik dieser Kreise richtete sich dagegen, dass in einem Lande, in dem die Gewerkschaften 20 % der industriellen Betriebe - darunter fast die gesamte Grundindustrie - besitzen, von den Sozialisten Konzessionen an die Allgemeinen Zionisten gemacht werden, die nur den Fortschritt des Landes hindern könnten. Ben Gurion und seine Anhänger vertraten jedoch den Standpunkt, dass der von hasserfüllten Gegnern umgebene junge Staat, dessen Einwohnerzahl durch Neueinwanderungen in den letzten sechs Jahren von 600 000 auf 1,460 000 gestiegen ist, die aktive Mitarbeit aller nationalen Kräfte benötige und nicht durch politische Machtkämpfe zerrissen werden dürfe.

Was immer auch die Gründe waren, die Ben Gurion vor zwei Jahren zur Aufgabe seines Amtes zwangen, sein "come-back" als Verteidigungsminister im Alter von beinahe siebzig Jahren verdient besondere Beachtung.

Israels 900 km lange Grenze mit den vier arabischen Staaten, Syrien, Transjordanien, Libanon und Saudi-Arabien, hat seit dem

offiziellen Waffenstillstand im Jahre 1949 keine Ruhe gekannt. Die 600 000 arabischen Flüchtlinge, die unter dem Druck arabischer Drohungen Israel verlassen haben, leben noch immer in den von den Vereinten Nationen finanzierten Flüchtlingslagern nahe den Grenzen Israels. Keiner der großen arabischen Staaten hat sich bisher darum bemüht, diese Menschen anzusiedeln. Zum Nichtstun verurteilt, sehen diese Araber den Aufbau ihrer alten Heimat Israel mit Riesenschritten voranschreiten. Wüste wird durch moderne Methoden zu fruchtbarem Land, Industrien, die bisher nicht ausgewertete Mineralien verarbeiten, schießen vor ihren Augen aus dem Boden. Morde an wehrlosen Israelis und Raubüberfälle auf unbewaffnete Dörfer jenseits der Grenze sind nur der Ausdruck unbändigen und ständig geschürten Hasses dieser verzweifelten Menschen.

Israel gibt ständig seinem Wunsch nach ehrlichem Frieden Ausdruck, der für den Aufbau des Landes unerlässlich ist. Die arabischen Staaten haben bisher alle derartigen Angebote abgelehnt. Sie erklären, Israels Friedenswillen nicht Glauben schenken zu können, denn die Stärke Israels wächst ihrer Ansicht nach ständig durch Einwanderungen und den Aufbau des Landes. Und sie befürchten, dass dieser Kräftezuwachs Israel eines Tages veranlassen könnte, seine Grenzen zu sprengen. Ganz gleich, ob diese Angst berechtigt ist oder nicht, sie führt zur Ablehnung aller Versuche, einen Frieden zwischen Israel und den arabischen Staaten herzustellen und fördert die Aggressivität von arabischer Seite.

Wird die Unterstützung militärischer und wirtschaftlicher Art, die der Westen den arabischen Staaten gewährt, solche aggressiven Absichten noch bestärken? Eine vor wenigen Jahren abgegebene Erklärung des "Obersten arabischen Komitees" kündigte an, dass eines Tages "die vereinigten Armeen der arabischen Staaten in Palästina einfallen und die Juden ins Meer jagen würden."

Ben Gurions Einsatz als Verteidigungsminister könnte der Ausdruck immer größer werdender Befürchtungen in Israel sein, dass die arabischen Staaten irgendwann zu einem Angriff übergehen könnten. Dieser Mann, der sich im Israeli - Krieg auch nicht scheute, gegen seine eignen Leute vorzugehen, wenn sie sich im Siegestaumel zu verantwortungslosen Maßnahmen hinreißen ließen, hat die Fähigkeit, im israelischen Volk die wertvollsten Kräfte zu entfalten. Für diese Kräfte zeugt der Sieg gegen eine militärische Übermacht von sechs arabischen Staaten und der erstaunliche Aufbau dieses wenig entwickelten Landes.

* * *

In Memoriam

Von Max K u k i l,
Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschland.

In diesen Wochen und Monaten gedenken wir vieler aufrechter Männer aus allen Gesellschaftsschichten, die für ihr Eintreten, Deutschland von der Hitlerbarbarei durch die Aktion vom 20. Juli 1944 zu befreien ihr Leben lassen mußten. Die deutsche Arbeiterbewegung hat hierbei einen Teil ihrer Besten verloren.

Am 1. März 1945 jährte sich zum zehnten Male der Tag, an dem führende Funktionäre der schlesischen Arbeiterbewegung in Plötzensee bei Berlin hingerichtet wurden. Es waren
Oswald Wiersich, Breslau, der frühere Vorsitzende des ADGB Schlesien,
Fritz Voigt, der frühere Breslauer Polizeipräsident und spätere Leiter der schlesischen Bauhüttengenossenschaft und
Franz Leuninger, der Sekretär der früheren Christlichen Gewerkschaften, ebenfalls aus Breslau.

Oswald Wiersich, geboren 1.9.1882, von Beruf Metallarbeiter, war seit seiner frühesten Jugend Funktionär der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei. Durch das Vertrauen seiner Kollegen wurde er zum Sekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Breslau und später zum Vorsitzenden des ADGB in Schlesien gewählt. Er war weiter Mitglied des Preussischen Staatsrats. Die turbulenten politischen Verhältnisse im Jahre 1933 in Breslau unter Führung des Fememörders und späteren Polizeipräsidenten Heines verschonten auch Oswald Wiersich nicht vor der sogenannten Haft zum "Schutze vor Volk und Staat". Später war er als Versicherungsvertreter und Buchhalter tätig. Schon vor Beginn des 2. Weltkrieges stellte er eine Verbindung zu Wilhelm Leuschner in Berlin her und schuf in Schlesien einen Widerstandskreis, zu dem u.a. auch Fritz Voigt gehörte.

Fritz Voigt, geboren 17.11.1883, war vor 1914 Sekretär des Bau-gewerksbundes in Kiel und später in Breslau. Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 war er Mitglied des Arbeiter - und Soldatenrats, der Nationalversammlung in Weimar und Polizeipräsident von Breslau. Da-

nach Leiter der Bauhüttenbewegung in Schlesien. Auch er wurde 1933 in Haft genommen und war in den Konzentrationslagern Breslau-Dürrgoy, Esterwegen und Lichtenburg. Später wurde er entlassen. Am Tage nach dem 20. Juli 1944 wollte die Gestapo ihn wieder verhaften. Da er eine Reise angetreten hatte, blieb die Gestapo in seinem Hause in Opperau bei Breslau bis zwei Tage später seine Rückkehr erfolgte.

Am 22. August 1944 erfolgte die große Aktion (Gewitteraktion) gegen alle Funktionäre der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei in ganz Deutschland. Hierbei wurde auch Oswald Wiersich in Haft genommen. Er wurde zunächst mit vielen anderen Freunden nach dem KZ-Lager Groß-Rosen bei Striegau verbracht, von dort aus erfolgte die Überführung nach Berlin. Die Vernehmungen der Inhaftierten erfolgten zum größten Teil in der Gestapohölle in der Prinz-Albrecht-Straße. Dort waren sie schweren Torturen ausgesetzt. Sobald die Vernehmungen beendet waren, wurden sie nach dem Lager Fürstenberg überführt, da die Zellen sowohl in der Lehrter- als auch in der Prinz-Albrecht-Straße laufend für weitere Vernehmungen gebraucht wurden.

Im Oktober 1944 wurde auch der frühere Sekretär der Christlichen Gewerkschaftsbewegung, Franz Leuninger, der zu Jakob Kaiser Beziehungen unterhielt und der mit Fritz Voigt zusammen im Baufach tätig war, verhaftet. Gegen Wiersich, Voigt und Leuninger wurde Anklage vor dem Volksgerichtshof erhoben. Sie wurden am 28. Februar 1945 zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung erfolgte am 1. März 1945 in Plötzensee. Die Vollstreckung des Urteils geschah bei Leuninger 10⁵⁵ Uhr, bei Oswald Wiersich 10⁵⁷ Uhr und bei Fritz Voigt 10⁵⁹ Uhr. Die Verurteilten waren bis zu ihrer Hinrichtungsstätte standhaft und sind ihrer Gesinnung treu geblieben. Ihnen ist es zu verdanken, dass durch die Verhaftungswelle nur ein kleiner Kreis angeklagt wurde. Viele von uns verdanken ihr Leben ihnen, die trotz erlittener Qualen keinen ihrer weiteren Freunde aus der Widerstandsbewegung belasteten. Im Glauben an eine gute Sache sind unsere Freunde gestorben. Unvergessen sind Oswald Wiersichs immerwährende Zuversicht auf einen Sieg des Guten und die überlegene Haltung von Fritz Voigt, meinem Bettnachbarn aus dem Konzentrationslager Esterwegen II.

Die schlesische und Breslauer Arbeiterbewegung hat eine stolze Tradition aufzuweisen. Ihr sind die im Kampf gegen Hitler gefallenen Freunde treu geblieben. Dafür danken wir ihnen. Wir werden sie nicht vergessen!

* * *

Hitler, Reichswehr und Industrie

Gerade zum rechten Zeitpunkt eines allgemeinen Zweifels an den Pariser Verträgen und der bevorstehenden westdeutschen Aufrüstung erschien bei der Europäischen Verlags-Anstalt in Frankfurt/M. eine kleine, offensichtlich eilig herausgebrachte Schrift Professor Hallgartens zu den Themen Hitler, Reichswehr und Industrie.

E.R. Zu zwei sehr wichtigen Fragen gibt das vorliegende Buch authentische, zum Teil erstmalige Aufschlüsse. Diese Fragen sind: Wieweit haben die deutsche Industrie und die Großbanken Hitler begünstigt, ihm an die Macht geholfen oder gar ihn "gemacht"? Welche Rolle hat die Reichswehr in den entscheidenden Jahren der Entwicklung zur Katastrophe gespielt? Jedermann wird zugeben müssen, dass diese beiden Fragen nicht nur geschichtlicher Klärung dienen, sondern dass sie äußerst aktuell sind. Ihre Beantwortung führt mitten in den gegenwärtigen Streit um Wiederbewaffnung und Mitbestimmung.

Die simplifizierende Erklärung, dass die Großindustrie Hitler "gemacht" habe, um ihn der sozialen Reaktion dienstbar zu machen, erweist sich als unhaltbar. Aber sie hat die "Bewegung" mit verursacht und durch ihre Fonds kräftig unterstützt. Das gilt nicht für alle Industriegruppen, für einige mit großen Unterschieden. Notleidend gewordene Großbanken, das Kalisyndikat und der Kreis um die Vereinigten Stahlwerke haben beweislich die Hauptrolle gespielt. Von einstimmiger und uneingeschränkter Unterstützung durch die Industrie kann keine Rede sein, insbesondere die großen unabhängigen Industriefamilien haben Hitler vor seiner Machtergreifung gefürchtet und gegen ihn intrigiert. Als aber die Würfel gefallen waren, sind freilich einige - wie Krupp von Bohlen - doch noch zu Supernazis geworden.

Über die Rolle der Reichswehr, speziell ihres massgeblichen Chefs, von Seeckt, bringt Hallgarten bisher nicht bekanntes Material bei. Was Seeckt und mit ihm Mitglieder von Reichskabinetten, Industrielle wie Stinnes an Staatsstreich- und Kriegsplänen (gegen Polen) gehegt und an schwarzer Aufrüstung durchgeführt haben, das sollte bei

dem Autor dieser hochinteressanten Schrift nachgelesen werden. Bei den Schlußfolgerungen sollte man all-erdings nicht vergessen, dass heute - bei gleichfalls zugespitzten Ost-West-Spannungen - sehr tiefgehende gesellschaftliche und psychologische Unterschiede zu der Zeit des Ruhrkampfes bestehen. Hallgarten einerseits verneint, dass das seelische Erbe des deutschen Volkes sich so verändert habe, dass nicht ähnliche antidemokratische Fehlentwicklungen in Heer und Industrie und in der Wechselwirkung beider Gruppen im Falle einer Aufrüstung wieder möglich seien.

Sein Büchlein ist ein gewichtiger und höchst ernst zu nehmender, weil die Fakten und Zusammenhänge nicht vereinfachender Beitrag zu den aktuellen Entscheidungen in der Bundesrepublik, es zeigt wesentliche Keime der Katastrophe von 1933 bis 1945. Zu ihrer Entfaltung gehörten jedoch noch viele andere Elemente, wie die falsche Lagebeurteilung und die fehlende Gegenaktivität der Linken. Eine kritische - und selbstkritische - Betrachtung unserer jüngsten Geschichte könnte auch heute noch viel erreichen, überall dort, wo man willens und in der Lage ist, daraus Schlußfolgerungen zu ziehen.

*

*

*

Verantwortlich: Peter Raunau